Antrag an den Landesjugendtag 2021

Antrag-Nr. 14

Antragstellender Verband: Deutsche Verwaltungsgewerkschaft Jugend Hessen

Betreff in Stichworten: **Förderung von Weiterqualifizierungsmöglichkeiten und Karriereperspektiven (insbesondere durch Masterstudiengänge) im öffentlichen Dienst in Hessen**

Antrag:

Die dbb jugend hessen möge sich für Weiterbildungsqualifizierungsmöglichkeiten und Karriereperspektiven im öffentlichen Dienst einsetzen. Dabei soll insbesondere die Förderung von Masterstudiengängen als Qualifizierungsmaßnahme im Fokus stehen.

Begründung:

Projektmanagement, Prozessmanagement, Personalführung, Organisationsentwicklung, Change Management, E-Government und ähnliche Themen gewinnen durch wachsende und sich ständig verändernde Aufgaben sowie bedingt durch die Digitalisierung in der allgemeinen Verwaltung stetig an Bedeutung. Neben klassischen Verwaltungskompetenzen und juristischem Sachverstand werden zunehmend auch Organisations- und Managementkompetenzen für die Bewältigung dieser Aufgaben benötigt. Dies erfordert eine entsprechende Qualifizierung der Beschäftigten, damit der öffentliche Dienst in Hessen nicht in hohem Maße auf externe Beratungsunternehmen angewiesen ist. Des Weiteren unterstreichen der demografische Wandel und das damit einhergehende hohe Durchschnittsalter in den einzelnen Dienststellen den Handlungsbedarf, den Arbeitgeber im öffentlichen Dienst in Hessen im Hinblick auf die Qualifizierung und Förderung von Nachwuchskräften haben.

Die DVG Jugend Hessen setzt sich für die Anerkennung von Verwaltungs-Masterstudiengängen als Aufstiegsvoraussetzung nach § 37 Abs. 1 Nr. 1 HLV ein, was in politischen Gesprächen sowie in einer Landtagsanfrage deutlich gemacht wurde.

Im Jahr 2019 konnte unter Neufassung der Prüfungsordnung der Masterabschluss Public Administration (MPA) der Universität Kassel seine laufbahnrechtliche Anerkennung in Hessen erlangen und als gleichwertiger Masterabschluss i.S.d. § 37 Abs. 2 S. 5 HLV anerkannt werden. Allen Studierenden, die im Rahmen der Prüfungsordnung 2014 diesen Masterstudiengang begonnen und/oder abgeschlossen haben, ist unter zusätzlicher Absolvierung verschiedener Module ein Wechsel zur MPA-Prüfungsordnung 2019 möglich.

Ausgehend von dieser Sachlage sollten innerhalb der hessischen Dienststellen diese Weiterbildungsmöglichkeiten durch die Ausgestaltung von Rahmenbedingungen aktiv unterstützt

und gefördert werden. Insbesondere gilt es, den Zugang zum Studium engagierten Beschäftigten zu eröffnen sowie diese zeitlich (durch Freistellungen und Teilzeitmöglichkeiten) sowie finanziell (durch die Übernahme von Studienkosten) zu unterstützen. Zugleich sollten allen Absolvent*innen der anerkannten Masterstudiengänge entsprechende Karriereperspektiven eröffnet werden. Hierzu soll auch das Bewusstsein bei den Dienstherren gefördert werden, dass solche Kompetenzen für die Dienststellen notwendig und wertvoll sind und Masterstudiengänge wichtige und attraktive Personalentwicklungs- und -bindungsmaßnahmen darstellen.

Die DVG Jugend Hessen beantragt, dass die dbb Jugend Hessen dieses Anliegen entsprechend unterstützt.

	Empfehlung der Antragskommission	Beschluss des Landesjugendtages
angenommen	**x**	**x**
abgelehnt		
Arbeitsmaterial		